

„Deutschland ist Integrationsland“, so beschreibt es der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands. Was noch vor wenigen Jahren eine breite und hitzige öffentliche Diskussion ausgelöst hätte, wurde in diesen Tagen eher leise zur Kenntnis genommen. Vergessen scheint der Streit um die Frage, ob Deutschland nun ein Einwanderungsland im klassischen Sinne sei oder nicht.

Jetzt heißt es: Deutschland ist Integrationsland. Diese Aussage kommt daher wie der längst fällige Schlusspunkt einer Debatte und muss doch ihr Anfang sein, sonst hätte man nichts als ein neues Etikett kreiert. Denn zunächst werfen die Begrifflichkeiten eher Fragen auf, als dass sie Antworten geben: Was bedeutet „Integrationsland“? Wo liegt der Ursprung dieser Definition? Warum soll diese Beschreibung gerade auf unser Land zutreffen? Beschreibt der Begriff eher Zustand oder Ziel des politischen Handelns?

## Versäumnisse der Vergangenheit

Wer die integrationspolitische Herausforderung unserer Zeit verstehen will, kommt ohne einen Blick in die Nachkriegsgeschichte Deutschlands nicht aus. In den Jahren des Wirtschaftswunders stieg der Bedarf an Arbeitskräften in Westdeutschland drastisch an. Die Bundesregierung schloss aus diesem Grund von 1955 bis 1968 Anwerbeabkommen mit mehreren Staaten, um ausländische Arbeitskräfte zu akquirieren. Im allgemeinen Sprachgebrauch wurden die so angeworbenen Arbeiter aus Italien, Spanien,

Portugal oder der Türkei recht bald „Gastarbeiter“ genannt. Nicht zuletzt weil es allgemeiner Konsens war, dass sie nur vorübergehend in Deutschland leben und arbeiten sollten. Lediglich der Bedarf an Arbeitskräften sollte gedeckt werden. Im Anwerbeabkommen beispielsweise mit der Türkei war die Aufenthaltsdauer zunächst auf maximal zwei Jahre festgeschrieben. Integrationsmaßnahmen gab es schon deshalb nicht, weil der Aufenthalt von vornherein nur vorübergehend geplant war.

Nicht zuletzt auf Drängen der Wirtschaft, die deutlich machte, dass das immer wieder neue Anlernen der alle zwei Jahre wechselnden Gastarbeiter zu kostenintensiv sei, wurde bereits in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre das Rotationsprinzip gelockert. Die sogenannten Gastarbeiter kamen in Festanstellungen. Bis 1973 stieg die Zahl ausländischer Arbeitnehmer auf rund 2,6 Millionen an. Ab 1974 wurde die Familienzusammenführung zugelassen. In der Folge holten immer mehr Arbeitskräfte ihre Angehörigen nach. Zeitgleich stieg die Aufenthaltsdauer. Dennoch blieb der Begriff „Gastarbeiter“ und mit ihm der Eindruck, dass man für kurzfristige Gäste keine Integrationsmaßnahmen ergreifen müsse.

Heute leben rund einundzwanzig Prozent der Türken länger als dreiunddreißig Jahre in Deutschland, ihre Kinder und Enkelkinder wollten oftmals nicht zurück ins Ursprungsland, und so blieben auch die Älteren bei ihren Familien in Deutschland. Sie kamen meist aus bildungsfer-

nen Schichten. Sprachkurse oder Integrationsmaßnahmen gab es für sie nicht.

Heute holen uns die Versäumnisse der Vergangenheit ein. Die Bildungssituation von Zuwandererkindern stellt eine der größten integrationspolitischen Herausforderungen überhaupt dar. Viele verfügen nicht über ausreichende Sprachkenntnisse, um dem Unterricht zu folgen. Der Anteil der jungen Menschen ohne Hauptschulabschluss beträgt bei Ausländern das Zweieinhalbfache der Deutschen. Rund achtunddreißig Prozent der Ausländer zwischen zwanzig und neunundzwanzig Jahren haben keinen Berufsabschluss. Das wiederum erschwert eine erfolgreiche berufliche Eingliederung mit der Konsequenz, dass soziale Probleme entstehen, die eine weitergehende Integration erschweren.

### **Sprachförderung als Schlüssel**

Gerade vor dem Hintergrund einer im demografischen Wandel befindlichen Bevölkerungsstruktur ist das Gelingen der Integration von Ausländerinnen und Ausländern sowie der Menschen mit Zuwanderungshintergrund von entscheidender Bedeutung. Rund zweiunddreißig Prozent aller Kinder unter sechs Jahren sind in Deutschland Kinder mit Zuwanderungshintergrund. In Hessen sind es durchschnittlich zweiundvierzig Prozent. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung mit erheblichen Konsequenzen für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

Diese Zahlen sollten uns aufrütteln. Die Geburtenentwicklung hat großen Einfluss auf die sprachliche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Integration ist längst kein Minderheitenthema mehr.

Kindliche Bildung und Sprachförderung müssen wesentlich früher ansetzen, als es in den meisten Bundesländern noch üblich ist. Wenn wir erst in der Grundschule mit der Förderung der deutschen

Sprache beginnen, laufen wir Gefahr, dass die Kinder – ohne vernünftige Ausbildung – künftig geradewegs auf die Sozialhilfe hinsteuern. Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, dass in wenigen Jahren die Kinder aus Zuwandererfamilien einen Anteil von fünfzig Prozent ausmachen. Das ist die Generation, die in den nächsten Jahrzehnten auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt drängt. Sie muss den Wohlstand unseres Landes erarbeiten. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird das auch wirtschaftlich gravierende Folgen haben.

### **Frühkindliche Bildung**

Darum muss eine verantwortungsbewusste Politik darauf achten, dass Kinder die den Kindergarten besuchen, mit vernünftigen Deutschkenntnissen in die Grundschule wechseln und dort den Anschluss halten können. Frühkindliche Bildung und Sprachförderung müssen verstärkt ins Zentrum der Integrationspolitik gerückt werden. Deutsch als Umgangssprache an Schulen und Kindergärten sollte längst eine Selbstverständlichkeit sein. Notwendig sind auch Sprachtests bei Vorschulkindern, um Defizite zu erkennen und zu helfen, diese zu beheben. 2003 hat das Land Hessen erstmals Sprachtests an ausgewählten Kindergärten durchgeführt. Ab diesem Jahr werden sie flächendeckend eingeführt. Die Teilnahme ist freiwillig, die Ergebnisse sind alarmierend: Über sechzig Prozent der Migrantenkinder im Alter von drei bis vier Jahren, aber auch jedes fünfte Kind aus deutschen Familien kann sich nicht altersgerecht ausdrücken.

Das „Sprach-Screening“ zeitigt deutliche Erfolge. Erzieherinnen und Eltern wurden sensibilisiert. Ergebnis: Die zwanzig Prozent der deutschen Kinder mit massiven sprachlichen Entwicklungsverzögerungen erfüllten danach fast alle die Norm. Bei den Zuwandererkindern waren es zwei Drittel. Solche Sprach-Screen-

nings sollten bundesweit eingeführt und die Eltern über Sprachkurse eingebunden werden. „Mama lernt Deutsch. Papa auch“, so heißen die Kurse, die sich in Hessen an die Eltern der Kinder wenden.

Seit sechs Jahren müssen Kinder in Hessen vor der Einschulung eine Sprachprüfung absolvieren. Lehrer testen im Gespräch mit den Kindern die Sprachkompetenz. Wer dabei hinter den Anforderungen zurückbleibt, muss einen so genannten Vorlaufkurs besuchen. Wer nicht teilnimmt, kann vom Schulbesuch zurückgestellt werden. Ähnliche Initiativen gibt es auch in anderen Bundesländern: Nordrhein-Westfalen hat soeben eine verpflichtende Sprachprüfung für Kinder im Kindergartenalter eingeführt. Dort geht man davon aus, dass ein Drittel der etwa Vierjährigen eine gesonderte Sprachförderung benötigt. In Bayern gibt es seit Dezember 2005 einen Pflicht-Sprachtest vor der Einschulung. Allerdings betrifft er nur Kinder aus ausländischen Familien. Wer nicht besteht, muss ein weiteres Jahr in den Kindergarten. Auch in Berlin wird inzwischen die Sprachfähigkeit vor der Einschulung getestet. Bei der vorschulischen Sprachförderung sind Baden-Württemberg, Berlin und Nordrhein-Westfalen unserem Weg gefolgt.

Als die hessische Landesregierung im Jahr 2000 die Beherrschung der deutschen Sprache als den entscheidenden Schlüssel zur sozialen, politischen und wirtschaftlichen Integration für alle Menschen in Deutschland bezeichnete, ist sie oft auf Unverständnis oder Ablehnung gestoßen. Der Vorwurf der „Zwangsgermanisierung“ wurde laut. Man konnte den Eindruck gewinnen, als wäre hier ein Tabu gebrochen worden. Heute ist diese zentrale Leitlinie der hessischen Politik quer über alle Parteigrenzen hinweg anerkannt. Hier hat sich ein Umdenken vollzogen, das in Hessen seinen Ursprung fand. Und wenn das hessische System der

Deutschförderung, angefangen von den Kleinsten im Kindergarten bis hin zu den Erwachsenen, in der Presse als das bundesweit ambitionierteste Programm bezeichnet wird, dann wurde ein wesentlicher Erfolg errungen, der den Integrationsgedanken stärkt. Allein im Teilbereich „Förderprogramm Deutschkenntnisse für Kinder im Kindergartenalter“ konnten bislang weit über 40 000 Plätze gefördert und über 10 500 Erzieherinnen fortgebildet werden. Für dieses Programm wurden in den letzten sechs Jahren über 14,9 Millionen Euro an Haushaltsmitteln bereitgestellt. Allein für 2007 stehen 3,255 Millionen Euro zur Verfügung.

### Gemeinsam in eine Richtung

In Deutschland leben etwa 82 Millionen Menschen, davon haben rund 7,3 Millionen – das sind 8,8 Prozent – keine deutsche Staatsbürgerschaft. Damit hat Hessen gemeinsam mit Baden-Württemberg prozentual den höchsten Ausländeranteil aller westdeutschen Flächenländer. Fast ein Viertel aller in Deutschland lebenden Menschen weist einen Zuwanderungshintergrund auf. Die Integration dieser Personengruppen ist von zukunftsweisender Bedeutung für unser Land. Das erfordert die ständige Kooperation und den dauerhaften Dialog zwischen den in der Integrationspolitik engagierten Verbänden, Institutionen, Kirchen, religiösen Gemeinschaften, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften.

Integration bedeutet gleichberechtigte Teilhabe und erfordert Akzeptanz, dies auf dem Boden einer aktiven Bürgergesellschaft und Verantwortungsgemeinschaft. Integration kann nicht einseitig gelingen, sie muss von allen Beteiligten angestrebt und gelebt werden. Die Aufnahmegesellschaft muss deutlich machen, dass sie die Zugewanderten als echten Teil der Gesellschaft bejaht. Die Zugewanderten wiederum müssen Diaspora-

Einstellungen überwinden und sich ernsthaft auf diese mitteleuropäische Gesellschaft einlassen. „Fordern, fördern und einbinden“, das muss die Devise sein. Deshalb muss Integrationspolitik auch klar die Frage beantworten, „wohin“ integriert werden soll. Es muss eindeutig und unverkennbar sein, welche Werte und Normen in unserer Demokratie für alle Geltung haben:

- die Bejahung, Achtung und Verteidigung der Grundwerte unserer Verfassung, insbesondere unseres demokratischen rechtsstaatlichen Systems,
- das Einstehen für Gemeinwohl, Solidarität, Toleranz und Gleichberechtigung,
- die Übernahme von Eigenverantwortung,
- die Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung am Gemeinwesen,
- die Beherrschung der deutschen Sprache als unverzichtbare Voraussetzung für Kommunikation und Teilnahme am öffentlichen Leben.

Integration ist mehr als Koexistenz, es ist kein Nebeneinander, sondern ein friedliches Miteinander, ein gemeinsames Weiterentwickeln unserer Gesellschaft. Dies erfordert einen Lernprozess für alle Menschen im Land, an dessen Ende das Gefühl der Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit stehen soll. Hierfür sind auch in Zukunft erhebliche Anstrengungen erforderlich, ideell und materiell.

### Ein dauerhafter Dialog

Es kommt darauf an, die Vielfalt der in Hessen lebenden Menschen in die gemeinsame politische Identität unserer Verfassung einzubinden.

Bereits 1999 hat die hessische Landesregierung Integration von Menschen mit Zuwanderungshintergrund zum zentralen Politikfeld in Hessen und damit zur Querschnittsaufgabe gemacht. Mit dem im März 2000 beschlossenen Integrations-

konzept hat die hessische Landesregierung die Grundlagen für die Integrationsarbeit gelegt. Hier wurde in zu dieser Zeit einmaliger Deutlichkeit Integration als Zukunftsaufgabe beschrieben. Schon damals wurde klar herausgearbeitet, dass es keine Alternative zur Integration gibt, dass der gesamten Gesellschaft ein hohes Maß an Toleranz abverlangt wird und dass unsere Verfassung mit dem Leitbild der Menschenwürde das Wertefundament für Integration bildet.

Besondere Bedeutung bekam das Integrationskonzept auch durch die darin enthaltenen Paradigmenwechsel, die in der Anfangsphase erheblichen politischen Widerstand hervorriefen. Beispielhaft ist hierfür die Berufung eines Integrationsbeirates zu nennen: So wie die Integrationspolitik keine Addition fachpolitischer Maßnahmebündel, sondern eine Querschnittsaufgabe ist, die alle Bereiche der Landespolitik betrifft, so sollten auch Beratungsfunktionen nicht abgeschottet zweigleisig wahrgenommen werden: hier die Gremien der Ausländer, dort die Gremien der einheimischen Bevölkerung. Integration gelingt nur miteinander. Deshalb ist die Landesregierung mit den in der Integrations-, Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik engagierten Verbänden, Institutionen, Kirchen, religiösen Gemeinschaften, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sowie der kommunalen Seite in einen dauerhaften Dialog eingetreten und hat einen Integrationsbeirat eingerichtet. Der Beirat berät die Landesregierung in Fragen der Integration, definiert Handlungsfelder und unterbreitet praktikable Vorschläge zur effizienten Umsetzung. Persönlichkeiten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen mit einem breiten Erfahrungshintergrund und mit unterschiedlicher Herkunft wurden in den Integrationsbeirat berufen. Der Integrationsbeirat hat sich als ein Instrument des institutionalisierten Dialogs bewährt und wurde als Modell

von anderen Bundesländern und von Kommunen übernommen.

## Muslimen in Deutschland

„Es gibt keinen Frieden ohne Religionsfrieden“, so lautet die These des Tübinger Religionswissenschaftlers Hans Küng. In der Tat ist Religion kulturprägend und damit gesellschafts- und integrationspolitisch ein entscheidender Faktor.

In Deutschland leben mehr als 3,2 Millionen Musliminnen und Muslime. Ein Großteil von ihnen stammt aus der Türkei. Die türkischen Gastarbeiter, deren Aufenthalt nicht auf Dauer angelegt war, brachten ihre vom Islam geprägten Erfahrungen und Wertesysteme mit nach Deutschland. Ein Großteil dieser Zuwanderer kam nicht aus den liberaler geprägten und westlich orientierten türkischen Großstädten, sondern zumeist aus dem eher ländlich geprägten Anatolien. Die dort über Jahrhunderte tradierten Vorstellungen prägten auch in Deutschland ihr Leben. Eine Annäherung an die Kultur, Sprache und Gesellschaft Deutschlands schien zunächst nicht notwendig und war aufgrund der Prägung auch schwierig. Die Geburt und das Aufwachsen der zweiten und dritten Generation in Deutschland führten dann oftmals zur Infragestellung der althergebrachten Vorstellungen. Begriffe wie Ehre, Achtung, Würde und Ansehen spielen in der islamischen Kultur eine herausragende Rolle. Nicht selten kommt es zu heftigen Generationskonflikten. Vor allem an der Stellung der Frau und der Einhaltung religiöser Pflichten entzündeten sich die Auseinandersetzungen. Oftmals suchen die Betroffenen in der Hinwendung zur Religion die Lösung ihrer Identitätskrise.

Diese Tendenzen sowie mangelnde Integrationsmaßnahmen und städtebauliche Gründe führten vielerorts zum Entstehen von so genannten Parallelgesellschaften, die immer zu Konfliktherden werden. Deutschland braucht mehr Mut

zu neuen Wegen in der Integrationsarbeit, um die Zementierung von Parallelgesellschaften zu verhindern.

## Einbeziehung von Imamen

Für viele Migranten bilden Moscheen ihren kulturellen Mittelpunkt. Hier befindet sich ein weiterer Schlüssel zur Integration. Dazu gehören aber auch der klare Hinweis und das Eintreten für unsere Grundwerte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau, wenn wir die Diskussion in Moscheegemeinden suchen. Die Moschee ist nicht nur Gebets-, sondern auch Begegnungsstätte. Hier wird die Hausaufgabenbetreuung angeboten, Frauengruppen haben ihren Raum zum Treffen, ein Café besteht, ein Jugendraum mit Fernseher und Fußballkicker. Oftmals ist auch der Gemüseladen im Eingangsbereich zu finden. Je nach der stadträumlichen Struktur sind der türkische Bäcker, der Friseur und die Fahrschule dort. Die Moscheen haben manchmal größere Räume, in denen Hochzeiten oder das Iftarfest (Fastenbrechen) gefeiert werden. Sie sind somit ein wichtiger Anlaufpunkt der Gemeinden.

Deshalb hat sich Hessen bewusst entschieden, Imame in die Integrationsanstrengungen einzubeziehen, da wir über viele Jahre in Deutschland gerade die Besucher der Moscheen mit unseren Integrationsbemühungen nicht erreicht haben. Muslimische Geistliche und Frauen werden in einem landesweiten Projekt in den Themen „Bildung, Erziehung, Integration und Gesundheit“ geschult. Sie sind wichtige Multiplikatoren und sollen in den Freitagsgebeten diese Themen ansprechen. Die Imame werden in diesem Projekt in ihrer Funktion als Brückenbauer und Multiplikatoren wahrgenommen. Durch das vermittelte Wissen sollen sie ihre Beratungsaufgabe qualifizierter wahrnehmen und den Menschen durch Informationen weiterhelfen oder Ansprechpartner vermitteln. Wir nutzen da-

mit die Vertrauensstellung, die sie auch aufgrund ihrer Stellung in der Moschee innehaben.

Dabei werden kritische Themen wie „Gewalt in der Familie“, „Mädchen im Schwimmunterricht“ und Gesundheitsprävention nicht ausgespart. In einigen Moscheen predigen auch weibliche Vorbeter, die mit dem Projekt ebenfalls erreicht werden. Das ist ein erster Schritt, um Parallelgesellschaften zu öffnen. Gleichzeitig bleibt es ein Balanceakt, da nach wie vor auch radikale Kräfte unterwegs sind, die nicht auf die Gemeinsamkeiten setzen, sondern unsere Grundwerte infrage stellen.

Integration braucht aktives Handeln. Deutschland braucht eine Integrationsoffensive. Jetzt ist die Zeit, die entscheidenden Schritte zu gehen. Dazu ist es notwendig:

- die Förderung der deutschen Sprachkenntnisse weiter zu intensivieren, denn Sprache ist der Schlüssel zur Bildung und Bildung der Schlüssel zur Erwirtschaftung des Wohlstands unseres Landes
- die landesweit flächendeckende Einführung von Tests zur Sprachstandserfassung an Kindergärten voranzutreiben
- die Qualifizierung von Erziehungs- und Lehrkräften auf die Realität einer stetig wachsenden Zahl von Kindern mit Zuwanderungshintergrund auszurichten
- die Ausbildung und Einstellung von Erzieherinnen und Erziehern sowie

Lehrkräften mit Migrationshintergrund voranzutreiben

- ein flächendeckendes Netzwerk an Integrations-, Bildungs-, Gesundheits- und Ausbildungslotsen aufzubauen, die als Ansprechpartner für Zuwanderer dienen und bei der Integration praktische Hilfe leisten sollen
- die Zusammenarbeit mit Moscheengemeinden im Hinblick auf unsere Integrationsbemühungen zu verstärken
- ein Konzept zur Ausbildung islamischer Geistlicher an Hochschulen zu entwickeln, um mit hier ausgebildeten und deutsch sprechenden Kräften die Radikalisierung in Hinterhofschulen zu verhindern
- frauenspezifische Integrationsmaßnahmen auszubauen, um gleiche Rechte und Chancen für Frauen mit Zuwanderungshintergrund zu schaffen
- die integrationsorientierte Zusammenarbeit mit den Kommunen zu verstärken
- gemeinsam mit den Sportverbänden ein flächendeckendes Konzept zur freizeitorientierten Integration von Mädchen, Jungen und jungen Erwachsenen zu entwickeln und umzusetzen

Hessen wird diesen Weg entschlossen weitergehen. Deutschland muss sich auf den Weg machen. Die Bemühungen um eine nachhaltige Integration müssen jetzt und ohne Verzug vorangetrieben werden, um die Stabilität unseres Landes zu sichern und den sozialen Frieden zu erhalten. Deutschland ist Integrationsland. Diese Aussage verpflichtet zum Handeln.

Die Augustausgabe wird sich dem Thema

## Außenpolitik

zuwenden, unter anderem mit Beiträgen von Canan Atilgan, Christian Hacke, Günter Nocke und Günther Oettinger.

Die Themen **Frankreich** und **Jahr der Geisteswissenschaften** bilden zwei weitere Unterschwerpunkte.